



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21631 - 33
Fernschreiber 0656 850

/XIII/63 - 17. März 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seiten:

Zeilen:

- | | | |
|--------|--|-----|
| 1 - 2a | Ein offenes Wort zu einer unqualifizierten Polemik
Die Gespräche in München und Putzing
Von Heidemar von Knorring er - Mitglied des Parteivorstandes
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands | 141 |
| 3 - 4 | Ist Amerika für oder gegen eine Gipfelkonferenz ?
Von unseren Korrespondenten in den USA | 87 |
| 5 | Abschiedsaktiase für die Wochenschau
Zum Truppenabzug aus der Sowjetzone | 51 |
| 6 - 7 | Der "K lte Krieg der Hörsäle" ist in vollen Gang
Auch Schröder "entdeckt" endlich Technikermangel
Von Günther Paschner | 69 |

* * * * *

Ein offenes Wort zu einer unqualifizierten Polemik

Von Waldemar von Kneringern - Mitglied des Parteivorstandes
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Es blies der CDU-Korrespondenz und dem Fraktionsvorsitzenden der
CSU, Prälat Meixner, verarbeiteten, unzuverlässige Presseberichte über die
Gespräche sozialdemokratischer Politiker sowohl in der Katholischen
Akademie in München wie auch in der Evangelischen Akademie in Tutzing
zur Gegenstand parteipolemischer Auseinandersetzungen zu machen. Die
Sozialdemokraten haben die Gespräche auf Wunsch der betreffenden Aka-
demien geführt. Sie haben von Anfang an betont, dass sie auf Presse-
veröffentlichungen keinen Wert legen und dass sie auch peinlich darauf
bedacht sein werden, diese Gespräche nicht in die Arena parteipoliti-
scher Auseinandersetzungen zu ziehen.

Es ist verständlich, dass Probleme, wie sie bei der jeweils mehr-
tägigen Debatte in den beiden Akademien zur Sprache kamen, nur dann
fruchtbar sind, wenn sie mit Gründlichkeit und unter Ausschöpfung al-
ler polemischen und parteipolitischen Absichten geführt wurden. Eine
Fülle von Gedanken, Erkenntnissen und Argumenten wurde von beiden Sei-
ten vorgebracht. Die Gespräche selbst wurden auf Tonband aufgenommen
und denkenswerterweise wird die Katholische Akademie die im Rahmen ih-
rer Tagung durchgeführten Referate auch veröffentlichen.

Entgegenwärtig kann es sich also nicht darum handeln, Gesagtes zu
widerrufen oder zu verleugnen. Es ist verständlich, wenn eine Presse-
berichterstattung aus der Fülle des Gesagten nur Einzelheiten bringen
kann. Es ist weiterhin verständlich, wenn eine solche Aufgabe nicht
von jedem Journalisten so gelöst wird, dass in den wenigen ihm zur Ver-
fügung stehenden Zeilen ein befriedigend objektives Bild solcher Ge-
spräche entsteht. Gerade bei solchen Debatten sind aus dem Zusammen-
hang herausgenommene Zitate leicht dazu angetan, einen falschen Ein-
druck zu vermitteln und den Sinn des Gesagten zu entstellen. Diese ne-
gative Erfahrung hat wohl jeder gemacht, der im öffentlichen Leben
steht. Man muss sie in Kauf nehmen, denn sie liegt in der Natur der
Sache.

Wenn man die CSU-Korrespondenz und Prälat Meixner aus dem Zusam-
menhang gerissene Zitate als Grundlage für ihre parteipolemische
Auseinandersetzung nehmen, so zeigt das nur, wie sehr die CSU
selbst durch diese Gespräche beunruhigt ist. Mit Argwohn ver-
folgt sie die Diskussion in der Sozialdemokratischen Partei und
nur zu gerne möchte sie daraus Unsicherheit und Schwäche lesen.

Ich würde den Vertretern der CDU empfehlen, sich bei Teilnehmern
an diesen Gesprächen selbst zu erkundigen, ob sie auch den Eindruck
hatten, dass die Sozialdemokratie ausweglos und schwächlich in der
Welt stehe. Wenn die Sozialdemokratie in dieser Richtung radikal verändere-

den Welt ihren Standort und ihr Bekenntnis zur Gesellschaft erörtert und immer wieder neu überprüft, so ist das nicht ein Ausdruck ihrer Schwäche, sondern einer der überzeugendsten Beweise für ihre Lebenskraft, ihre innere Festigkeit und ihre Zuversicht.

Aus dieser Haltung heraus habe auch ich an diesen Gesprächen teilgenommen. Nicht nur die Sozialdemokraten, alle Menschen, die in dieser Zeit leben und Verantwortung tragen, müssen wissen, dass sich um uns herum die Welt ständig verändert, dass wir in eine Entwicklung hineingezogen sind, von der niemand weiss - auch nicht die CSU-Korrespondenz und der Fraktionsvorsitzende der CSU - welche Formen sie annehmen wird und welchen Weg schliesslich die Menschheit geht. Wer aus dem Gefühl der Erhabenheit und der Selbstgefälligkeit heraus über diese Problematik unserer Zeit urteilt, der wird die Realitäten um so bitterer zu spüren bekommen. Kein sozialdemokratischer Sprecher hat bei diesen Tagungen einen Zweifel darüber gelassen, dass die Sozialdemokratie willens und entschlossen ist, ihre grosse Aufgabe zu erfüllen. Diese Aufgabe heisst: Verwirklichung jener sittlichen Forderungen, aus denen heraus der freiheitliche Sozialismus gewachsen ist und die der Motor seiner hundertjährigen politischen Geschichte sind.

Das Versagen derjenigen, die vorgeseh, im Namen des Christentums Politik zu betreiben, war bisher immer das grosse Hindernis in dem Ringen um die Verwirklichung einer gesellschaftlichen Ordnung, die auf den Grundlagen sozialer Gerechtigkeit ruht. Die Sozialdemokraten leugnen nicht, dass sie unter anderen Bedingungen vor hundert Jahren angetreten sind und dass sich heute gerade durch ihren Einsatz, durch diesen Kampf auch die christlichen Kirchen von dem sozialen Problem Notiz nehmen mussten und dass sogar eine Partei wie die CDU heute nicht anders kann, als sich auf die christliche Soziallehre zu berufen.

Die Sozialdemokratie ist auch bereit, mit allen zusammenzuwirken, die die Verbesserung unserer sozialen Ordnung erstreben. Wenn sich die christliche Soziallehre heute mit der Forderung einer sittlichen Ordnung der Gesellschaft auseinandersetzt, so erkennen wir diese Bemühung an, bestreiten aber zugleich, dass die CDU/CSU den Prinzipien dieser Soziallehre folgt. Wenn es dafür noch eines Beweises bedurft hätte, so wurde er durch die Argumente erbracht, mit denen diese Partei die letzten Bundestagswahlen für sich gewonnen hat. Der Appell an den Materialismus, das ist das zur Zeit erfolgreiche Argument der CDU, nicht aber die christliche Soziallehre.

Gerade das, was die christliche Soziallehre, was die Enzykliken verdammen, ist zur Richtschnur der CDU-Politik geworden. Der Blick auf das rein Materielle beherrscht Denken und Handeln.

Dazu kommt noch die trügerische Vorstellung, dass man mit den Mitteln materieller militärischer Macht, mit Atombomben und Raketen die Sicherheit und den Frieden bewahren könne. Wie weit

Ist dieses Handeln entfernt von jenen Geboten, die das Christentum in dieser Welt vertritt?

Die von CDU-Fraktionsvorsitzenden Prälat Meixner gemachte Neuentdeckung, dass die Sozialdemokratie die Verelendungstheorie von Karl Marx als unrichtig ansieht, ist so "neu", dass man sie bereits bei dem Theoretiker des Sozialismus, Eduard Bernstein, im vergangenen Jahrhundert nachlesen kann. Wenn die Arbeiterschaft sich im kapitalistischen System zunehmend einen größeren Anteil am Sozialprodukt gesichert hat, so ist dies in erster Linie auf den erfolgreichen Kampf der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, als der Organisation der Industriearbeiterschaft, zurückzuführen, und am allerwenigsten auf die Haltung der CDU und ihrer Verkäufer.

Was die Sozialdemokratie stets eindeutig abgelehnt hat, ist die von Kommunismus und Bolschewismus als "marxistisch" bezeichnete Theorie, die mit den Ideen des demokratischen Sozialismus nichts mehr gemein hat.

Die Sozialdemokratie hat von ihren Ursprüngen an die Freiheit der menschlichen Persönlichkeit im Vordergrund ihrer Politik gestellt. Sie sieht in der Befriedigung der materiellen Bedürfnisse des Menschen nur einen Schritt in der Richtung zu einer kulturellen und freiheitlichen Entwicklung. Gerade aus dieser Haltung heraus wird sie eine Berührung finden mit allen Menschen, die guten Willens sind und deren Handeln ebenfalls auf sittlichen Prinzipien und auf der Anerkennung der Menschenwürde beruht.

Die Sozialdemokratie wird sich nicht beirren lassen, dass offene ehrliche Gespräche mit allen Lebens- und Weltanschauungsgemeinschaften zu suchen. Sie weiß, dass die sittlichen Werte, für die sie eintritt, ihren Ursprung ebenso in christlichen Bekenntnis wie auch in einer anderen Glaubensauffassung finden können. Sie kann und will im Sinne einer ganzheitlichen Betrachtung der Welt und des Menschen keine Weltanschauungspartei sein, um so mehr aber vertritt sie jene Werte, die allen gemeinsam sind, die das Gute im Menschen erkennen und eine Ordnung sozialer Gerechtigkeit erstreben.

Die Sozialdemokratie lehnt die Auseinandersetzung mit der CDU/CSU nicht ab. Sie muss sie führen auf dem politischen Kampffeld des Tages. Sie muss sie mit harten Waffen führen, aber sie wird die christlich führen.

Wenn jedoch der offensichtliche Versuch der Entstellung ihrer Bekenntnisse und Absichten gemacht wird, so wird sie um der Wahrheit willen auch bereit sein, eine härtere und offener Sprache zu sprechen.

+ + +

Ist Amerika für oder gegen eine Gipfelkonferenz ?

(Von unserem Korrespondenten in USA)

Einige dramatische Wochen lang hatte sich die Frage, ob in diesem Jahr noch eine "Gipfelkonferenz" der Regierungschefs stattfinden und welche strittigen Punkte sie zu lösen haben soll, auf ein Marathon der Briefe zwischen Bulganin und Eisenhower begrenzt, wobei, was die Anzahl der Seiten angeht, der Russe über den Amerikaner siegte. Aber zur wirklichen Klärung der offenen Probleme hat dieser Briefwechsel wenig beigetragen; im Grunde genommen stehen wir immer noch genau da, wo die Debatte über die Gipfelkonferenz vor mehr als drei Monaten begann. Weder haben die Russen ihre Bereitwilligkeit glaubhaft machen können, wirklich die Lösung ernster Probleme wie Abrüstung, Teilung Deutschlands und Kontrolle von Atomwaffen anzustreben, noch haben sich die Amerikaner offen mit einem Ja oder Nein zu der ganzen Frage der Gipfelkonferenz geäußert. Es ist erlaubt - es ist geradezu notwendig - zu prüfen, was die Amerikaner eigentlich wollen, und welche Politik sie in Auge haben. An sich ist die amerikanische Position klar: Eisenhower und Dulles - dem die Russen mit ihrer eigenen Strategie erklärt haben, was sie wollen: Gipfelkonferenz ja, wenn sie vorher diplomatisch so gründlich vorbereitet wird, dass sie Aussicht auf Erfolg bietet.

Praktisch heisst dies, dass alle oder wenigstens einige der Themenpunkte vorher restlos gelöst sein müssen: Entweder im stillen diplomatischen Notenwechsel oder aber auf einer regulären Konferenz der Aussenminister. Gelingt das nicht, dann habe es keinen Sinn, die Regierungschefs zu bemühen; umgekehrt aber brauche man nicht die Aussenminister, wenn sie nur, wie die Russen vorschlugen, technische Vorfragen wie Ort und Datum der Gipfelkonferenz festlegen dürften. Diese technischen Vorarbeiten könnten, nach Ansicht der Amerikaner, zur Not auch von den Botenjungen oder Fahrstuhlführern der Ministerien gelöst werden.

Das ist im Augenblick, da diese Zeilen geschrieben werden, die Lage, - aber sie kann morgen schon anders aussehen. In der Tat glaubt kaum jemand, dass das letzte Wort bereits gesprochen ist; vermutlich werden die Russen schliesslich einwilligen, dass die Aussenminister auf ihrem Treffen schon Sachfragen "anschnitten" dürfen, und die Amerikaner werden ihre Bedingung, dass dies "erfolgreich" geschehen müsse, fallen lassen. Jedoch bleibt immer noch eine weitreichende Differenz über den Themenkreis übrig, da sich die Russen bisher ein Vetorecht über die Tagesordnung der Gipfelkonferenz vorbehalten haben und zum Beispiel die Erörterung der

Wiedervereinigung Deutschlands ablehnen. In dieser Hinsicht ist ein Treffen auf mittlerer Linie weniger leicht zu sehen, wenn sich auch denken lässt, dass man ein paar Punkte findet, über die Westen und Osten zu reden bereit sind, und dass man dann die ganze Debatte der Regierungschefs und ihrer Außenminister auf diese wenigen Punkte begrenzt: Gewisse Rüstungsabgrenzungsaspekte, Erleichterung von gegenseitigen Ost-West-Reisen, und militärische Neutralisierung des Weltraums.

Denn in der Abrüstungsfrage hat Washington soeben eine grosse und gewichtige Konzession angeboten: Es ist heute, im Gegensatz zu früher, zu einem vorübergehenden Verbot von Tests mit Atomwaffen bereit, unter der Voraussetzung internationaler Kontrolle natürlich, aber ohne Aufrechterhaltung der bisherigen strikten Forderung aller Westmächte eines gleichzeitigen Verbots der industriellen Produktion von Atomwaffen. Das Produktionsverbot hatte Moskau stets ebenso strikt abgelehnt - und Amerika ist heute bereit, auf diese, an sich wichtige und vernünftige, Forderung zu verzichten, in der Hoffnung, damit endlich einen Schritt voranzukommen.

Dennach sieht es so aus, als ob die amerikanische Regierung doch eine Gipfelkonferenz wünscht, wenn auch unter der Voraussetzung einer gründlichen diplomatischen Vorbereitung, und dieser Gipfelkonferenz sogar einen Erfolg wünscht. Bisher hatte man sich mit Zu- und Recht fragen dürfen, ob Amerika nicht nur eine Politik des Hinzuszögerns betreibt: Heute wird man, auch wenn man ein noch so heftiger Kritiker von Dulles ist, zugeben müssen, dass seine Linie in dieser Frage klarer ist, aber man muss hinzufügen, dass es gewichtige innenpolitische Gründe gibt, die ihn in diese neue Position gedrängt haben. Das ist ein Punkt, der in Ausland noch recht wenig bekannt ist. Dulles steht nämlich unter Druck von seiten seiner republikanischen Parteifreunde, das Zustandekommen einer Gipfelkonferenz im Spätsommer oder Herbst nicht zu torpedieren, weil sich die republikanische Regierungspartei davon nämlich einen innenpolitischen Prestigegewinn verspricht.

Im kommenden November wird nämlich der Kongress neu gewählt - das Repräsentantenhaus gänzlich, der Senat, wie immer, um ein Drittel erneuert. In Anbetracht des schlechten Gesundheitszustandes des Präsidenten und der daraus folgenden Lethargie und Passivität der Regierung, vor allem aber wegen der ernststen Depression, unter der die amerikanische Wirtschaft zur Zeit leidet, sind die Erfolgsaussichten für die Regierung und ihren republikanischen Anhang äusserst gering. Eine Gipfelkonferenz aber, auch wenn ihre Ergebnisse mager bleiben, könnte das Prestige der Regierung auffrischen: Sie würde dem Präsidenten als aktiven Staatsmann und Sprecher der freien Welt zeigen, und die Regierungspartei könnte somit als "Partei des Friedens" den einen oder anderen psychologischen Erfolg ernten. Es wird darauf hingewiesen, dass auch die Gipfelkonferenz von 1955 damals in England ähnliche interne Wahlkampf-Ursachen hatte; sollte sich das nicht wiederholen lassen?

Letzten Endes wird dieser Druck der republikanischen Parteimaschine auf Eisenhower und Dulles zugunsten des "Gipfels" wohl nicht entscheidend sein; aber er wird die letzten Entscheidungen der Regierung jedenfalls mitbeeinflussen. Und unter diesen Umständen, und an ersichts auch der Stimmung in den mit Amerika befreundeten und verbündeten Ländern, wird man wohl prophezeien dürfen, dass, wenn Moskau auch nur geringfügige prozessuale Konzessionen im Voraus zugesucht, an endgültigen amerikanischen "Ja" nicht mehr gezweifelt werden kann. + + +

17. März 1958

*Kochmeister**Leichte Truppen werden wieder rückkompatiert Sowjetzone*Abschiedsküsse für die Wochenschau

~~Kritik~~ Viel Aufhebens macht die Zonenpropaganda von jenen sowjetischen Einheiten, die ~~aus~~ Mitteldeutschland verlassen. ~~Die Ende März soll angeblich die Gruppenreduzierung beendet sein.~~ So erfreulich es auch ist, daß Moskau Soldaten abzieht - 41 000 sollen es sein -, zurück bleiben immerhin noch rund 400 000 Mann. Von zehn Soldaten geht also einer.

Trotzdem: Über lange Spalten hinweg feiern die Zonenzeitungen die "scheidenden Freunde", so, als ob es sich faktisch um eine Beendigung der Truppenstationierung handelte. Die Bildreporter knipsen rührende Abschiedsszenen von sowjetischen Soldaten und deutschen Zivilisten, in der Art der alten großdeutschen Wochenschau etwa in den ersten Jubeltagen des Krieges. Obwohl das alles recht geschickt gemacht ist und die Regie gut funktioniert, ist doch die Fröhlichkeit offensichtlich mehr auf Seiten der deutschen Bevölkerung. Das ist verständlich, man muß es nicht erst begründen.

Die demobilisierten Sowjetsoldaten gehen mit gemischten Gefühlen. In den seltensten Fällen ist ihre Abfahrt eine wirkliche Heim-Reise, denn die meisten von ihnen tragen schon einen Verpflichtungsschein für eine Arbeit in Fernen Bergwerken oder den Neulandgebieten Ostsibiriens in der Tasche.

Der sich auf den Fotos so überaus herzlich und nett machende Abschied kann auch aus anderen Gründen nicht überzeugen. Denn: Zeit ihrer Stationierung leben die einfachen Sowjetsoldaten streng isoliert in ihren Garnisonen, auf den Übungsplätzen, die in der Regel von hohen Mauern, Bretterwänden, Stacheldrahtzäunen, Sperrstreifen umgeben sind. Ein unmittelbares Verhältnis zur deutschen Bevölkerung gibt es ~~es~~ nicht. Der einfache Soldat hat selten, in der Regel nie, Ausgang. Deutsche Gaststätten, Theater, Kinos darf er nicht besuchen. Die nach dem 17. Juni 1953 erst etwas aufgelockerten Ausgehbestimmungen verschärften sich später umso mehr. Die Gefahr "ideologischer Aufweichung", des Aussenpartwerdens, der Desertion - aber auch nie ganz aufgehörte Übergriffe und Gewalttätigkeiten sind die Gründe. Die einfachen Soldaten dürfen sich höchstens in Gruppenverband in der Öffentlichkeit bewegen, als Gäste irgendwelcher deutscher Veranstaltungen teilnehmen.

Eine Ausnahme bilden allerdings die in der Zone stationierten Offiziere, vor allem die der Stäbe und Verwaltungen. Viele durften ihre Familien nachholen. Die Privilegierten sind zwar auch in Bretterzaunzäunten Wohnghettos zusammengepackt, zumindest tagsüber aber dürfen sie sich frei bewegen. Die russischen Offiziersfamilien kaufen in Sonderläden der ZONE ein, wo sie ein reichhaltiges Angebot zu Ausnahmepreisen vorfinden. Da gibt es kein Schlangestehen nach Butter, Gewürzen, Süßfrüchten und sonstigen Raritäten: wenn es in der ganzen Stadt keinen Blumenkohl gibt - der für die Sowjets bestimmte Sonderladen hat ihn bestimmt.

Echte menschliche Kontakte zur Zivilbevölkerung aber gibt es auch seitens der Offiziersfamilien nicht. Besuche von Haus zu Haus sind unmöglich, selbst mit SED-Spitzenfunktionären - in Berlin wie in den Bezirken der Zone - ist der Verkehr offiziell, wird er in den Rahmen vielköpiger Treffen hineinorganisiert. Die Masse der einfachen Sowjetsoldaten kommt mit der Zivilbevölkerung so gut wie gar nicht zusammen. Die da jetzt von den Wochenschaukameras den für die Verabschiedung verpflichteten Zonenbürgern um den Hals fallen, hatten zuvor kaum Gelegenheit, einen dieser "deutschen Freunde" mit Handschlag zu begrüßen

Der "kalte Krieg der Hörsäle" ist in vollem Gang

Mit Erstaunen wurde am Donnerstag vergangener Woche eine Denkschrift des Bundesinnenministeriums zur Kenntnis genommen, die sich mit dem Bedarf an technischem Nachwuchs befasst. Hierin "fordert" das Ministerium bis 1970 die Erweiterung der Kapazität unserer Ingenieurschulen um 60 %, in den Sparten Maschinenbau und Elektrotechnik sogar um 100 %. Ausserdem wird die Ausstattung bestehender Schulen mit modernen Laboratorien und Konstruktionssälen angeregt und eine Vereinheitlichung des Aufbaus und der Zugangsmöglichkeit der Ingenieurschulen verlangt. Vergrösserung der Zahl der Lehrkräfte, bessere Besoldung und Stipendien für Ingenieurschüler sind weitere wesentliche Punkte der Denkschrift, die schliesslich sogar feststellt, dass das ganze Schul- und Ausbildungswesen so aufgebaut sein müsse, dass es jedem jungen Menschen, entsprechend seiner Begabung, möglich sei, ohne Umweg und ohne Beeinträchtigung durch seine finanzielle Lage die für ihn geeignete Ausbildungsstufe zu erreichen.

Dass Dr. Schröders Ministerium endlich erfasst hat, worum es beim Techniker-Nachwuchsmangel geht, ist schon etwas wert. Schliesslich hat der Verein Deutscher Ingenieure bereits 1956 eine Untersuchung veröffentlicht, der zu entnehmen war, dass in der Bundesrepublik 40 000 Ingenieure fehlen. Die SPD hatte durch eine Grosse Anfrage am 7. Juni 1956 die Situation der deutschen Hochschulen und das wissenschaftliche und technische Nachwuchsproblem in den Mittelpunkt einer Bundestagsdiskussion gebracht und u.a. die Aufstellung eines Planes verlangt, der die Massnahmen der Länder zur Deckung des festgestellten Techniker-Bedarfs koordinieren sollte. Im Verein mit einheitlichen Zulassungsbedingungen, einheitlichen Prüfungsordnungen und einheitlichen Lehrplänen an den Hochschulen der Bundesrepublik sollte durch die Bereitstellung von 120 - 150 Millionen Mark die Kapazität der Ingenieurschulen um 50 % erweitert werden.

Inzwischen hat sich der Mangel natürlich noch vergrössert. Untersuchungen in England und den USA haben ergeben, dass der Bedarf an technischen Fachkräften fünfmal so rasch wächst wie die Rate des normalen Bevölkerungszuwachses. Und die ungeheuren Anstrengungen, die die Sowjetunion macht, um als Ergebnis eines Fünfjahresplans bis 1960 jährlich 200 000 (!) Hochschul- und Fachingenieure fertig ausgebildet in die Wirtschaft entlassen zu können, beweisen, wie sehr wir bei

3600 Ausbildungsplätzen an acht Technischen Hochschulen und 7000 Ausbildungsplätzen an 74 staatlichen, kommunalen und privaten Ingenieurschulen schon ins Hintertreffen geraten sind. Die deutsche Industrie, die zu einem ansehnlichen Prozentsatz vom Export abhängig ist, musste in den vergangenen Jahren der Hochkonjunktur nicht selten Auslandsaufträge ablehnen, weil mit der Lieferung von Maschinen und deren Installation im Auftragsland auch der Einsatz deutscher Ingenieure verbunden war. Gleichzeitig war die Sowjetunion in der Lage, beispielsweise 1955 nicht weniger als 10 000 Ingenieure nach China, Nordkorea und Nordvietnam zu "exportieren". 1957 konnte die UdSSR im ersten Halbjahr 2000 technische Spezialisten an 19 unterentwickelte Länder abgeben, die zugleich in den letzten zweieinhalb Jahren rund acht Milliarden Mark an Wirtschaftshilfe - bei nur 4,2 Mrd. DM aus USA - erhalten haben.

Erinnert man sich in diesem Zusammenhang an ein Wort Lenins, der einmal gesagt hat, ein Techniker wiege zehn Kommunisten auf, so beschwört der seit einigen Jahren im Gang befindliche "kalte Krieg der Hörsäle", wie der Vorsitzende der amerikanischen Atomenergie-Kommission, Lewis Strauss, das technisch-wissenschaftliche Wettrennen zwischen Ost und West vor Jahren bezeichnet hat, geradezu unheilvolle Aspekte herauf. Und aus diesem Blickwinkel betrachtet nehmen sich die Prophetien Geraschtschows, der vor Monaten den USA den "Krieg mit Staubsaugern und Fernsehgeräten" erklärte und am Vorabend des 40. Jahrestages der Roten Armee, am 21. Februar 1958 weissagte, die Sowjetunion werde in Kürze vor den Vereinigten Staaten wirtschaftliche Weltmacht Nr. 1 sein, durchaus nicht mehr so übertrieben-prahlerisch aus, wie man mit westlich-zivilisatorischer Überheblichkeit auf derartige Kraftmeiereien des mächtigsten Mannes der UdSSR wegen der angeblichen Rückständigkeit Russlands ansonsten zu reagieren pflegt. Wir sollten uns jedenfalls davor hüten, die in einem totalitären System mit straff geführtem Auslese- und Ausbildungsprinzip auf Kosten des Lebensstandards der Gesamtbevölkerung möglichen Anstrengungen zu unterschätzen.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel